

SOLIDARISCH



WER GEGEN SCHWULE, LESBEN UND ANDERE HASS VERBREITET, SOLL BESTRAFT WERDEN KÖNNEN. So, wie auch Antisemitismus oder Rassismus geahndet werden.

Hass ist keine Meinung



Mathias Reynard, Nationalrat VS

Siege der SP in Bundesbern waren in der vergangenen Legislatur selten. Die Freude war daher gross, als das Parlament im Dezember 2018 meine Parlamentarische Initiative gegen Homophobie annahm. Rechtsnationale Kräfte ergriffen das Referendum, weshalb wir im kommenden Februar über folgende Frage abstimmen müssen: Dürfen Schwule und Lesben und andere wegen ihrer sexuellen Orientierung beleidigt, beschimpft oder verunglimpft werden? Natürlich nicht! Solches Verhalten soll neu unter die Rassismus-Strafnorm fallen, so wie Antisemitismus oder Rassismus.

Viel Leid hinter nackten Zahlen

Es ist viel Zeit verstrichen, seit der Vorschlag im März 2013 erstmals auf den Tisch kam. Ein Grund für das schleppende Tempo: Statistiken über homophobe oder transphobe Gewalt in der Schweiz fehlen. Dieser Mangel an Daten wird in der Politik nur allzu oft dazu

missbraucht, die Realität zu leugnen oder das Ausmass solcher Gewalt herunterzuspielen.

Was wir wissen, sollte uns jedoch zu denken geben: Alle Indikatoren bezeugen spezifische und weit überdurchschnittliche Gewalt, die lesbischen, schwulen, bisexuellen und Transmenschen im Alltag widerfährt. Die homophoben Angriffe, die vor einigen Monaten in der Westschweiz für Schlagzeilen sorgten, bilden nur die Spitze des Eisbergs. So registriert beispielsweise eine spezialisierte Helpline, die 2016 geschaffen wurde, wöchentlich zwei homophobe oder transphobe Angriffe.

Neben den schwerwiegendsten Fällen von körperlicher Gewalt sind auch verbale Gewalt und Belästigung verheerend, besonders in Schulen. Nach einer Studie der Universität Zürich hat jede fünfte homosexuelle Person in der Schweiz bereits versucht, sich das Leben zu nehmen – eine

Zahl weit über dem nationalen Durchschnitt. Die Hälfte der Verurteilungen entfällt auf junge Menschen, die unter 20 Jahre alt sind. Hinter diesen Zahlen verbergen sich menschliche Tragödien und viel Leid. Homophobie tötet! Es ist unmenschlich, untätig zuzusehen.

Ein grosser Schritt

Bislang hat das Strafgesetzbuch die homophobe Rede als solche nicht bestraft. Diese Rechtslücke, die im Widerspruch zu unserer Verfassung steht, wurde auf internationaler Ebene mehrfach gerügt: vom Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes, von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz sowie bei der re-

gelmässigen Überprüfung durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

2018, nach sechs Jahren der Debatte, des Zauderns und des Zögerns, erklärte sich das Parlament endlich bereit, Artikel 261bis des Strafgesetzbuches auf homophoben Hass auszudehnen. Homophobie soll in der Schweiz – genauso wie Rassismus und Antisemitismus – nicht mehr als blosser Meinung, sondern als Verbrechen gelten. Diese Änderung bedeutete für Tausende von Menschen in der Schweiz einen grossen Schritt. Leider ist es nicht gelungen, Transfeindlichkeit als strafbaren Akt in die Vorlage aufzunehmen, obwohl auch Transmenschen überdurchschnittlich von Gewalt betroffen sind. Doch

es ist zumindest ein erster Schritt! Dieser wird nun von einem Referendum bedroht. Leider schafften es extremistische Gruppen, einschliesslich der SVP, mit hanebüchenen Argumenten genügend Unterschriften zu sammeln.

Emotionaler Abstimmungskampf

Für alle, die je homophobe Diskriminierung oder Gewalt erlebt haben, ist diese Abstimmung ein Schlag ins Gesicht. Das Referendum macht deutlich, dass noch nichts in trockenen Tüchern ist. Der Weg hin zu einer toleranten Gesellschaft ist noch weit.

Das Stimmvolk wird daher im Februar 2020 abstimmen müssen, und wir müssen uns auf einen sehr emotionalen Abstimmungskampf gefasst machen. Es ist des-

halb wichtig, so viele Menschen wie möglich zu mobilisieren.

Das Referendum verzögert den Prozess. Es gibt der Bevölkerung jedoch auch Gelegenheit, ihre starke Unterstützung für eine Schweiz der Toleranz und des Zusammenlebens zum Ausdruck zu bringen. Ein deutliches Ja würde all jene zum Schweigen bringen, die beleidigt sind, weil sie bald nicht mehr ungestraft Hass gegen Schwule und Lesben schüren dürfen.

Es ist an der Zeit, ein starkes Signal zu setzen: Homophobe Handlungen und Aussagen dürfen in der Schweiz nicht mehr toleriert werden. Nicht Homosexuelle sollen sich schämen, sondern jene, die zu Hass und Diskriminierung aufrufen!

Luchs, Wolf und Biber – zum Abschuss freigegeben?

DIE SP LANCIERT ZUSAMMEN MIT DEN UMWELTVERBÄNDEN DAS REFERENDUM GEGEN DAS MISSRATENE JAGDGESETZ. Geht es nach dem Willen der Ratsmehrheit, sollen geschützte Tiere vorsorglich abgeschossen werden dürfen.



Silva Semadeni,
Nationalrätin GR

In der Parlamentsdebatte zum revidierten Jagdgesetz waren die Meinungen gemacht: Künftig sollen Wölfe und andere Wildtiere vorsorglich dezimiert werden können, ohne dass sie Schäden angerichtet haben. Auch Präventionsmassnahmen sind nicht mehr Pflicht. Der Schutz wildlebender Tiere wird allgemein geschwächt, und geschützte Säugtiere und Vögel geraten noch mehr unter Druck. Das Präsidium der SP hat daher beschlossen, zusammen mit den Umweltverbänden das Referendum zu ergreifen.

Abschuss der Hälfte der Wolfswelpen

Mit dem missratenen Jagdgesetz kann der Bundesrat jederzeit ge-

schützte Tierarten für «regulierbar» erklären. Neben dem Wolf gehören dazu Biber und Luchse, aber auch Schwäne, Mittelmeerlöwen, Gänsesäger, Graugänse oder Graureiher. Und dies nur, weil sie gewissen Interessen in die Quere kommen. Ein Paradigmenwechsel findet statt: Vom ausgeglichenen Schutz- und Jagdgesetz hin zur Regulierung durch Abschlüsse. Beim Wolf zeigt sich die geplante Neuerung besonders radikal. Zur Verhütung eines möglichen Schadens kann ein Wolfsrudel wie jenes am Calanda in Graubünden, das kaum Schäden an Nutztieren anrichtet und bis heute auch keine Gefahr für den Menschen darstellt, Jahr für Jahr reguliert werden. Im Klartext: Allein die Existenz eines Rudels genügt, um jedes Jahr die Hälfte der Welpen abzuschliessen.

Internationale Verpflichtungen

Neu soll die Entscheidungskompetenz über den Abschuss an die Kantone delegiert werden. Der

Bund entledigt sich so seiner verfassungsrechtlichen Verantwortung: Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung der Berner Konvention des Europarates verpflichtet, ein einheitliches Vorgehen beim Wolfs- und Artenschutz zu verfolgen. Wildtiere kennen weder Kantons- noch Landesgrenzen. Das revidierte Jagdgesetz wird daher zwangsläufig zu kantonalen Widersprüchen führen. Einige kantonale Behörden sind etwa beim Wolf, beim Luchs oder beim Biber grossem politischen Druck ausgesetzt und dürften geneigt sein, diesem nachzugeben.

Jagd bei den Kantonen, Schutz beim Bund

Dabei können die Kantone schon heute nicht nur über den Abschuss von Einzeltieren entscheiden, sondern mit Zustimmung des Bundes auch Bestände regulieren. Das muss reichen. Die heutige Kompetenzordnung basiert auf dem bewährten Grundsatz «Jagd bei den Kantonen, Schutz

beim Bund». Dies garantiert die Rechtssicherheit und die Gleichbehandlung.

Gesunder Wald dank Wolf

Die Wildtiere vermehren sich, wie die hohen Hirsch- und Rehbestände zeigen. So finden auch einst ausgerottete einheimische Tierarten an geeigneten Orten wieder Nahrung und Lebensraum. Die Rückkehr der Wölfe ist erfreulich. Gewiss, Schafhalter müssen ihre Herden schützen und Verluste hinnehmen. Doch sie werden dafür vom Staat konsequent unterstützt und entschädigt. Und von Förstern hören wir gar: Wo der Wolf lebt, ist der Wald gesünder und die Verbisschäden sind geringer.

In unserem komplexen Ökosystem zählt jede Art. Das Parlament hat den extremen Wolfsgegnern Gehör geschenkt.

Wir ergreifen daher das Referendum. Am 8. Oktober begann die Sammelfrist. Es zählt jede Unterschrift. Danke!



Die Nationalrätinnen Samira Marti und Silva Semadeni begeisterten das Publikum mit ihrem Engagement für den Natur- und Klimaschutz.

BEI UNSEREN SPENDERINNEN UND SPENDERN DER «GRUPPE 2019» bedanken wir uns jedes Jahr mit einem kleinen Apéro, garniert mit politischer Kost für Hirn und Herz.

«Ich bin sehr dankbar, dass wir

Im Herbst erhalten unsere treuen Spenderinnen und Spender der «Gruppe 2019» ein besonderes Dankeschön: eine persönliche Einladung ins Berner Theater National zum Jahrestreffen mit der Parteispitze und zahlreichen politischen Vertreterinnen und Vertretern.

So empfingen Ende September Christian Levrat und Alain Berset die rund 300 Gäste, und die Nationalrätinnen Samira Marti und Silva Semadeni beantworteten auf dem Podium Fragen zur Klimapolitik. Im Publikum gaben sich zahlreiche amtierende und einige ehemalige Parlamentsmitglieder die Ehre.

Doch der Reihe nach. Der Abend lässt sich gut an. Vor vollen Rängen hat Christian Levrat die Lacher rasch auf seiner Seite, selbst wenn er die schwierige letzte Legislatur Revue passieren

lässt oder die Klimapolitik aufgreift: «Trumps Tage sind gezählt. Während Greta die ganze Zukunft noch vor sich hat.»

In Sachen Klimapolitik schlägt einzig die SP konkrete Massnahmen vor. «Doch ladet nicht alles auf unsere Schultern», mahnt die 25-jährige Nationalrätin Samira Marti die Anwesenden. «Die Jugend muss zu viel Verantwortung tragen.» Mit den Klimastreiks ist es den Jugendlichen gelungen, die Klimapolitik auf die Tagesordnung zu hieven. Aber alle können und sollen dazu beitragen, das Klimaziel zu erreichen. Um Lösungen zu finden, braucht es Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. «Mit dem Marshall-Plan fürs Klima und den sozialverträglichen Investitionen in die Sonnenenergie bieten wir Lösungen an», rechnen Silva Semadeni und Samira Marti vor. Solche Äusserungen kommen beim Publikum gut an.

«Mich berührt besonders Samiras Aussage», wird Cornelia Bachofner Vontobel aus Winterthur nach der musikalischen Einlage bei einem Glas Wein sagen. Ihre Kollegin Yvonne Holder Rey ergänzt: «Wir stritten seinerzeit für autofreie Sonntage und Velowege – und jetzt sehen wir, wie die Ideen von damals endlich greifen.»

Alain Berset sorgt für Lacher
Auch Bundesrat Alain Berset überzeugt die Gäste – mit einer persönlich gefärbten, humorvollen Diashow. Ist sein Amt geprägt von Langeweile? Fast könnte man es meinen.

Mit einem Augenzwinkern zeigt er beispielsweise allein vom Filmfestival Locarno acht Bilder: Alain mit goldenem Leopard, am

Rednerpult mit Leopard, rechts im Bild mit Leopard – seit 2012 war unser Kulturminister in Locarno lückenlos präsent. Auch schwere Kost wie die AHV-Reform spricht er an – eingeblendet ein Bild von ihm, wie er im Rentenalter aussehen könnte: «Da bleibe ich dran», verspricht er und schliesst mit Arnold Schwarzenegger: «I'll be back.»

Gegen gekaufte Politikerinnen und Politiker

In ihren Reden und im Podiumsgespräch treffen die Politikerinnen und Politiker den Nerv der Zeit. «Wir haben ein massiv gekauftes Parlament!», ruft Christian Levrat in den Saal. In den Gesundheitskommissionen von National- und Ständerat stehen über 40 Prozent der Mitglieder im Sold von Krankenkassen. «Und diese National- und Ständeräte sollen



Nationalrätin Edith Litscher-Graf und Bundesrat Alain Berset nutzen die Gelegenheit, am Apéro mit den Gästen zu plaudern.



Nationalrätin Flavia Wasserfallen (Bild rechts) im Gespräch mit Spenderinnen und Spendern.



euch haben»

ganz unabhängig und ohne Rücksicht auf ihre Arbeit- und Geldgeber politisieren können? Nein!»

Ein riesiges Dankeschön

Das Wichtigste kommt am Schluss: «Danke für eure Unterstützung», ruft Christian Levrat in den Saal. «Danke! Ihr gebt uns die Möglichkeit, unabhängig gute Politik zu machen – mit Blick auf die Mehrheit der Bevölkerung und nicht für die Interessen der Lobbys.»

Die SP ist die einzige Partei, die offenlegt, wie sie finanziert ist: nämlich durch Klein- und Kleinstspenden. Ohne unsere loyalen Spenderinnen und Spender würden wir keinen Abstimmungs- oder Wahlkampf erfolgreich führen können. So spricht Christian Levrat allen aus dem Herzen: «Ich bin sehr dankbar, dass wir euch haben.»

Die Gruppe 2023

Nach den Wahlen wurde die «Gruppe 2019» zur «Gruppe 2023» umbenannt. Die Gruppe hat das Ziel, die SP für Abstimmungen und Wahlen finanziell zu stärken. Aus diesem Grund heisst die Gruppe immer wie das Wahljahr, in dem die nächsten nationalen Wahlen stattfinden.

Mitglieder der «Gruppe 2023» überweisen der SP regelmässig einen von ihnen bestimmten Betrag. Mit diesem längerfristigen Engagement verschaffen sie der SP Planungssicherheit. Als Dankeschön werden sie zum exklusiven Jahrestreffen eingeladen, über das im nebenstehenden Artikel berichtet wird.

Infos und Anmeldung:
spschweiz.ch/gruppe2023

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement für Gönnerinnen und Gönner ist im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 50 000 Exemplare.



«Wenn Hamed lacht, geht die Sonne auf»

CHRISTA ZÜST UND IHR MANN MARKUS, ALT SP-REGIERUNGSRAT AUS ALTDORF IM KANTON URI, haben einen minderjährigen Asylbewerber aufgenommen: Hamed aus Afghanistan. Wie gestaltet sich das Zusammenleben im Alltag?

Deine Kinder sind längst ausgeflogen, die Pension ist in Reichweite – und dennoch haben du und dein Mann vor vier Jahren einen Jugendlichen zu Hause aufgenommen. Warum?

Christa Züst: Der Kanton Uri musste quasi über Nacht Plätze für unbegleitete minderjährige Asylsuchende bereitstellen. Ich arbeitete damals im Bereich Integration für das Schweizerische Rote Kreuz, denn ich arbeite gerne mit Menschen aus anderen Kulturen. Und ich habe gerne junge Menschen um mich herum. Da lag es auf der Hand, jemanden aufzunehmen.



Hamed mit Markus und Christa Züst auf einem Ausflug.

Gab es auch schwierige Situationen?

Am Anfang sprach Hamed kein Deutsch. Wir mussten mit einem Dolmetscher klären, was uns im Zusammenleben wichtig ist. Zum Beispiel, dass wir gemeinsam am Tisch essen, oder unsere Vorstellungen von Hygiene. Es ist auch möglich, dass die Jugendlichen auf der Flucht viel Schweres erlebt haben und traumatisiert sind. Hamed verhielt sich jedoch einfach so wie andere 15-jährige Jugendliche auch. Wenn er zu häufig «rumhängte», machte mir das Mühe. Doch das war seiner-

zeit schon mit meinen eigenen Kindern so.

Musstest du viel Erziehungsarbeit leisten?

Ich glaube, man muss vorleben, nicht erziehen. Am Anfang war Hamed viel zu Hause. Weil sich die Abklärungen mit den Ämtern in die Länge zogen, konnte er zuerst keine Schule besuchen. Er half mir im Haushalt – Staubsaugen, Waschen, Kochen, Ravioli machen und so weiter. Er isst gerne verschiedene Gerichte, das macht es auch einfacher. Wir wa-

ren offiziell seine Pflegeeltern. Dafür mussten wir entsprechende Kurse besuchen. Jetzt ist er volljährig.

Wie hat sich Hamed integriert?

Bei einer Familie bekommen die Asylsuchenden viel von unserer Kultur und unseren Werten mit. Von Anfang an kam er zum Beispiel mit an die Fasnacht. Wir fanden für ihn eine Pauke, und er verkleidete sich.

Auch beruflich geht es vorwärts. Er macht nun eine Berufsattest-Lehre als Koch im Chedi in

Andermatt. Natürlich haben wir geholfen. Gesucht und gefunden hat er die Lehrstelle aber selber. Er redet sogar davon, dass er eine Lehre mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis anschliessen wolle.

Hat Hamed Heimweh?

Das weiss ich nicht. Er ist ein fröhlicher und herzlicher Mensch. Wenn er lacht, geht die Sonne auf. Einmal die Woche telefoniert er über Skype mit seinen Eltern im Iran. Seine ältere Schwester heiratete einen Landsmann in Schweden und konnte Hamed einmal hier besuchen. Das emotionale Wiedersehen der beiden nach so vielen Jahren war sehr schön. Das waren berührende Momente.

Was würdest du jemandem raten, der ebenfalls einen Asylsuchenden oder eine Asylsuchende aufnehmen möchte?

Toleranz. Beidseitig braucht es viel Verständnis und den Willen, auch andere Lebensweisen gelten zu lassen. Und Geduld. Man muss vieles Mal für Mal wiederholen.

Würdest du wieder jemanden aufnehmen?

Jederzeit!

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch. Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz